



Wetzikon, 28. Juni 2010

Antwort des Gemeinderats und der beiden Schulpflegen auf die SP Anfrage «Kinderarbeit in Wetzikon?»

Erfreut hat die SP Wetzikon an der Gemeindeversammlung vom 15. Juni 2010 die Antwort auf ihre Anfrage betreffend nachhaltiger Beschaffung entgegengenommen. Der Gemeinderat und die beiden Schulpflegen haben sich im Grundsatz für eine sozial und ökologisch nachhaltige Beschaffung im Sinne der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation entschieden; über konkrete Massnahmen wird eine eigens eingesetzte Projektgruppe befinden. Denkbar wäre beispielsweise eine Beschaffungsgemeinschaft der drei Güter, sowie eine Selbstdeklaration der Lieferfirmen betreffend Herkunft ihrer Waren.

Die SP Wetzikon bedankt sich bei den drei Gemeinden für die wohlwollende Aufnahme ihrer Anregungen und ist gespannt auf die konkrete Umsetzung.

In der Beilage erhalten Sie die Antwort des Gemeinderates und der beiden Schulpflegen von Wetzikon.

Weitere Auskünfte:

- Wanda Fenice, Präsidentin
076 593 43 12

- Pascal Bassu, Medienverantwortlicher
079 688 98 70

Gemeindeversammlung

Anfrage	vom 15. Juni 2010
Akten-Nummer	16.03.4
Betrifft	Anfrage gemäss § 51 des Gemeindegesetzes der SP Wetzikon betreffend öffentliches Beschaffungswesen, Kinderarbeit

Ausgangslage

Gemäss § 51 des Gemeindegesetzes unterbreitet die SP Wetzikon folgende Anfrage

"Die SP Wetzikon möchte es der Stadt Wetzikon ersparen, eines Tages erfahren zu müssen, dass die Kinder unter menschenverachtenden, rückständigen Bedingungen für unsere Infrastruktur arbeiten mussten, dass es uns ergeht wie einer anderen Zürcher Gemeinde, die betreten feststellen mussten, dass die neuen Pflastersteine auf dem Dorfplatz aus verbotener Kinderarbeit stammen.

Jetzt, nachdem das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH Missbräuche wie Kinderarbeit aufgedeckt hat, können wir nicht mehr sagen, wir hätten von nichts gewusst. Ob Pflastersteine, Fussbälle, Spitalwäsche oder Computer: Wetzikon soll auf die Beschaffung illegal produzierter Waren verzichten. Hundert Schweizer Gemeinden haben sich in den letzten Jahren auf irgendeine Art zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen verpflichtet. Wir sollten uns nicht hinter formellen Argumenten verstecken.

Wir wollen nichts Unmögliches, nicht, das den Rechtsrahmen sprengt, wir möchten bloss, dass sich die Gemeinde des Problems Ausbeutung in Drittländern bewusst ist und das in ihrer Macht Stehende tut, um nicht unfreiwillig zur Hehlerin von gesetzwidrigen, menschenverachtenden Ausbeutern zu werden.

Fragen an den Gemeinderat, die Sekundar- und Primarschulpflege:

1. Hat die Gemeinde bereits Bemühungen oder Massnahmen in diesem Sinne unternommen?
2. Wenn ja, welche?
3. Ist sie bereit, im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens von allen Lieferantinnen und Lieferanten, Leistungserbringerinnen und -erbringern eine Selbstdeklaration betreffend die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen zu verlangen?
4. Was kann die Gemeinde weiter unternehmen, um faire Produktionsbedingungen zu unterstützen?

Die gleiche Anfrage geht auch an die Primarschulpflege Wetzikon sowie an die Sekundarschulpflege Wetzikon-Seegräben. Für die Beantwortung unserer Fragen an der nächsten Gemeindeversammlung danken wir Ihnen bestens."

Stellungnahme Politische Gemeinde und Schulgemeinden

Zu Fragen 1 und 2:

Im kommunalen Beschaffungswesen wird von den Anbietern schon heute verlangt, dass sämtliche gesetzlichen Bestimmungen am Ort der Leistungserbringung einzuhalten sind, dies gilt insbesondere auch für die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen sowie die Gleichbehandlung von Mann und Frau und die Umweltschutzgesetzgebung.

Weiter gehende, bzw. konkrete Massnahmen im Sinne der ILO-Arbeitskernnormen haben die Behörden noch nicht unternommen. Allerdings haben sich alle drei Güter in einer Grundsatzdiskussion zum Thema Nachhaltigkeit dafür ausgesprochen, dass sie den Willen bekunden, künftige Investitionsentscheide nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu fällen. Eine vertiefte Diskussion zu diesem Thema und insbesondere die Festlegung von konkreten Massnahmen, um die noch zu definierenden Ziele in der täglichen Arbeit praxisnah umsetzen zu können, ist als separates Projekt geplant.

Zu Frage 3:

Im Prinzip stehen die Behörden der drei Gemeinden ein für eine sozial verträgliche Beschaffung und dafür, dass keine Produkte gekauft werden, die unter bedenklichen sozialen Bedingungen produziert werden. Bekanntlich ist seit dem 1. Januar 2010 die revidierte Bundesverordnung über das öffentliche Beschaffungswesen in Kraft. Der Bund verlangt neu von seinen Anbietern, die im Ausland produzieren, dass diese die fundamentalen Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einhalten. Die Behörden können sich durchaus vorstellen, dass sie im Zusammenhang mit dem geplanten Nachhaltigkeitsprojekt die Einhaltung der Mindestanforderungen der ILO-Kernarbeitsnormen festschreiben und künftig von den Lieferfirmen auch eine entsprechende Selbstdeklaration verlangen werden.

Zu Frage 4:

Hier kommen Schulungen zu ökologischen und sozialen Fragen der Beschaffung für alle im Beschaffungswesen tätigen Personen der öffentlichen Verwaltungen in Frage. Prüfwert scheint ebenso der Zusammenschluss der Politischen mit den beiden Schulgemeinden zu einer Beschaffungsgemeinschaft, mit dem Ziel, nachhaltig zu beschaffen. Zu erwähnen bleibt auch, dass schon heute in vielen Bereichen grosser Wert gelegt wird auf eine nachhaltige Beschaffung von Produkten. Beispielsweise hat die Politische Gemeinde kürzlich beschlossen, vollständig auf Recyclingpapier umzusteigen und auch für Druckerzeugnisse dieses umweltschonende Papier zu verwenden. Ferner erfüllen die jeweils neu eingesetzten Drucker die höchsten ökologischen Anforderungen, sind diese doch mit dem Label "Blauer Engel" zertifiziert. Diese Bestrebungen werden in allen Bereichen, auch in den beiden Schulgemeinden, laufend verstärkt.

Replik Anfragstellerin

Die Anfragstellerin ist mit der ausführlichen Antwort zufrieden.

Gemeinderat Wetzikon

Urs Fischer
Präsident

Marcel Peter
Gemeindeschreiber